



Debattieren engagiert über den SWR (von links): Wolfgang Gerstner, Peter Boudgoust, Silke Krebs, Albert Noll, Patrick Fritsch, Beate Böhlen, Tobias Wald und Gábor Paál.

Fotos: Vetter

## „Es gibt keine Bedrohung dieses Standorts“

BT-Forum zur Zukunft des SWR in Baden-Baden: Intendant Boudgoust bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Kurstadt

Von Thomas Trittmann

**Baden-Baden – Droht dem SWR-Standort Baden-Baden Gefahr durch den neuen Rundfunkstaatsvertrag, den Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ausgehandelt haben? Der Kontrakt soll das 15 Jahre alte Werk ersetzen, das seit der Fusion von SWF und SDR 1998 gilt – und manch einer in der Region Mittelbaden wittert die Gefahr einer Aushöhlung des Standorts Baden-Baden. Grund genug für das Badische Tagblatt, Befürworter und Skeptiker des neuen Staatsvertrags am Mittwochabend zu einem BT-Forum ins Baden-Badener Alte E-Werk einzuladen.**

Den Fragen der BT-Redakteure Albert Noll und Patrick Fritsch stellten sich die baden-württembergische Staatsministerin Silke Krebs (Grüne), die Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne) und Tobias Wald (CDU), SWR-Intendant Peter Boudgoust, Baden-Badens Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner und Gábor Paál, Mitglied im Geschäftsführenden Verdi-Verbandsvorstand beim SWR.

Die Sorge um den hiesigen Senderstandort resultiert letztlich aus einem einzigen Artikel des Vertragswerks: Paragraph vier, Absatz drei bestimmt, dass Angebote mit Landesbezug grundsätzlich von den Landesendern des SWR gestaltet werden. Die Landesender sind in Mainz und Stuttgart – eine feste Zuteilung bestimmter Aufgaben nach Baden-Baden sieht der Vertrag hingegen nicht vor. Der SWR wird also freier entscheiden können, was wo gemacht wird – wobei aber vorgeschrieben wird, alle Standorte „angemessen“ zu betreiben.



Gut gefüllt sind die Zuschauerplätze beim BT-Forum zum neuen Rundfunkstaatsvertrag im Alten E-Werk.

Laut Peter Boudgoust besteht kein Grund zur Sorge: „Es gibt keine Aushöhlung des Standorts Baden-Baden“, versichert er mehrfach. Und weist darauf, dass Baden-Baden der größte der drei großen SWR-Standorte sei. Dass hier in den zurückliegenden Jahren 170 Millionen Euro investiert worden seien. Dass Stuttgart seit der Fusion mehr Aufgaben eingebüßt habe als Baden-Baden. Und dass von 3600 fest angestellten SWR-Leuten rund 3000 in Baden-Württemberg arbeiten. Wenn sich jemand beschweren dürfe, findet Boudgoust, dann die Rheinland-Pfälzer. Er appelliert, Abschied zu nehmen von der „fixen Idee“, es gehe dem Standort Baden-Baden an den Kragen. Boudgoust: „Ich nehme die Sorgen ernst, aber sie ha-

ben keinen realen Hintergrund.“ Ähnlich äußert sich Ministerin Krebs. Sie erklärt, der Vertrag garantiere den Standort in der Kurstadt. Die Region möge die Neuerung als Chance sehen, nicht als Feind. Es sei nicht der Staatsvertrag, der Schaden für Baden-Baden anrichte, sondern öffentlich zur Schau getragener Pessimismus und überzogene Kritik. Den Vorwurf, sie habe einen Vertrag zulasten Badens ausgehandelt, findet die Freiburgerin Krebs „schräg“. Wahr sei aber, dass man auf rheinland-pfälzische Interessen habe Rücksicht nehmen müssen – „wir haben da schließlich kein Weisungsrecht.“

OB Gerstner gibt sich ebenso optimistisch wie zugeknöpft. Noch Anfang des Jahres hat Gerstner eine Resolution der Technologieregion Karlsruhe unterzeichnet, die vor einer stillschweigenden Demontage des badischen SWR-Standorts warnte. Nun sagt er: „Ich habe keine Sorge um den Standort. Ich habe Vertrauen in Boudgoust.“ Es gebe gute Gespräche mit dem Intendanten, man sei auf gutem Wege zu einer Lösung im Sinne von Stadt und SWR. Kritik an der Tatsache, dass von den Verhandlungen zwischen OB und Intendant nichts an die Öffentlichkeit dringt, weist Gerstner barsch zurück. Er sage etwas, wenn es etwas zu sagen gebe.

Beate Böhlen fordert, nicht das Gesamtwerk aus den Augen zu verlieren. Der neue Vertrag bringe viel Gutes: demokratischere Strukturen, mehr Staatsferne, weniger Regierungseinfluss. Und: „Ich bin der Meinung, dass die Flexibili-

sierung keine Gefahr für Baden-Baden ist.“

Weit weniger rosig sehen Tobias Wald und Gábor Paál die Zukunft der Funkhöhe. Wald fordert: „Wenn Flexibilisierung, dann für alle gleichermaßen.“ Es könne nicht angehen, dass bestimmte Aufgaben in Mainz und Stuttgart verankert würden, in Baden-Baden aber nicht. Walds Forderung: Weg mit Paragraph vier, Absatz drei.

über dem neuen Vertragswerk. Wer das Wort ergreift, wünscht sich deutlichere Garantien für Baden-Baden. Im Publikum sitzt auch der Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle. Er befindet zwar: „Wir sind auf einem guten Weg.“ Zugleich wünscht sich aber auch er klarere Formulierungen im Staatsvertrag, um die Sorgen in der Region auszuräumen. Genau das versucht sogleich Peter Boudgoust, wenn auch mündlich. Sein Plädoyer: „Seien wir doch stolz auf den Standort. Baden-Baden ist ein toller Standort, hier wird ‚State of the Art‘ produziert. Es gibt keine Bedrohung dieses Standorts.“

Überzeugt indes hat dies das Gros der Kritiker wohl nicht. Wenn der neue Staatsvertrag am 3. Juli im Baden-Badener Palais Biron feierlich unterzeichnet wird, wollen viele Kritiker aus dem bürgerlichen Lager der Veranstaltung aus Protest fernbleiben.

Auch im Publikum – in das sich nicht wenige SWR-Angehörige gemischt haben – überwiegt die Skepsis gegen-



Landrat Jürgen Bäuerle (rechts, mit BT-Redakteur Patrick Fritsch) diskutiert mit.

### Zitate

„Der SWR hat zu starre Strukturen. Das wollen wir ändern.“  
Staatsministerin Silke Krebs zum neuen Staatsvertrag

„Was im Staatsvertrag steht, ist keine Schwächung Baden-Badens.“  
SWR-Intendant Peter Boudgoust

„Mir ist die Sicherung des Standorts wichtiger, als öffentlich Wind zu machen.“  
Baden-Badens OB Wolfgang Gerstner zu seinen Gesprächen mit Intendant Boudgoust, die hinter verschlossenen Türen stattfinden

„Nicht die Zeitung macht die Politik, sondern der Gemeinderat und der OB.“  
Wolfgang Gerstner

„Der Unmut ist begründet.“  
Verdi-Vertreter Gábor Paál über die Stimmung am Standort

„Ich bin der Meinung, dass die Flexibilisierung keine Gefahr für Baden-Baden bedeutet – im Gegenteil.“  
Die Grünen-Landtagsabgeordnete Beate Böhlen

„Die Änderung des Rundfunkstaatsvertrags kann und wird zulasten Baden-Badens gehen.“  
Der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Wald

„Baden-Baden ist der größte und wichtigste Standort. Hier ist am wenigsten abgebaut worden.“  
Peter Boudgoust

„Der Standort Baden-Baden gehört zu unserer Grund-DNA.“  
Peter Boudgoust

„Vieles im neuen Staatsvertrag gefällt mir. Die Standortfrage, so wie sie gelöst ist, gefällt mir nicht.“  
Gábor Paál

„Wir können den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht retten, indem wir sagen: Vor 20 Jahren war alles super. Wir müssen dem SWR die nötigen Ressourcen und die nötige Freiheit geben, auch im Internet.“  
Silke Krebs

„Man kann nicht auf Millimeterpapier festhalten, was wo gemacht wird.“  
Peter Boudgoust

„Ich werde gegen den Staatsvertrag stimmen.“  
Tobias Wald (tt)

### Zum Thema

## Turbulenzen nach Lapsus

**Baden-Baden (red)** – Ein Lapsus des CDU-Landtagsabgeordneten Tobias Wald, der offenbar ohne jeglichen böswilligen Hintergrund ist, sorgte beim BT-Forum für turbulente Momente. Die Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne) zitierte aus einer Mail Walds an Mitglieder eines Runden Tisches zur SWR-Standortdiskussion, in der das im Herbst von den Landtagen zu verabschiedende Ratifizierungsgesetz zum Staatsvertrag als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet wird. In einer weiteren, nachgeschobenen Mail betont Wald, ein Fehler habe sich ein-

geschlichen, für den er sich entschuldige. Der richtige Terminus laute selbstverständlich „Ratifizierungsgesetz“. Böhlens Unterstellung, Wald habe den durch die Nazi-Diktatur vorbelasteten Begriff absichtlich und in provokativer Absicht verwendet, widersprach der Abgeordnete. Das sei aus Versehen geschehen, er sei kein Brandstifter. Gegenüber dem BT bekräftigte Wald gestern diese Aussage. Der Fehler sei ihm erst nachträglich aufgefallen. Tatsächlich bieten beide Mails, die dem BT vorliegen, keinen Anlass, Walds Darstellung anzuzweifeln.